

**Dringliche Anfrage**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 27.10.2003

**Gentechnik bringt Kostenexplosion für niedersächsische Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie**

Im Bereich der grünen Gentechnik wird aktuell diskutiert, ob und wie eine Erzeugung und Verarbeitung von Lebens- und Futtermitteln mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) zu vereinbaren ist mit dem Wunsch von vielen Erzeugern, Verarbeitern und Verbrauchern, weiterhin gentechnikfreie Produkte produzieren und einkaufen zu können. Diese Wahlfreiheit ist erklärtes Ziel aller Beteiligten. Zur Sicherung der Koexistenz einer Lebensmittelerzeugung mit GVO und einer gentechnikfreien Produktion sowohl im konventionellen als auch im ökologischen Sektor bedarf es z. T. eines erheblichen Aufwandes (z. B. Abstandsregeln, Mantelsaaten, Verhinderung von Durchwuchs beim Anbau; Reinigungsaufwand, bzw. das Vorhalten doppelter Systeme bei Transport und Verarbeitung). Eine Studie, die die EU-Kommission bei ihrer Gemeinsamen Forschungsstelle in Auftrag gegeben hat (JRC-Studie), kommt zu dem Ergebnis, dass sich allein die Anbaukosten für alle Landwirte um 5 bis 10 %, in Einzelfällen bis 40 % erhöhen könnten.

Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie liegen mit ihrer Bedeutung für die niedersächsische Wirtschaft an zweiter Stelle. Kostensteigerungen in der Branche, die in diesem Fall dem Wunsch einer Minderheit nach GVO-Produkten geschuldet sind, können diese starke Stellung gefährden. Neben den Fragen zu gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen sollten deshalb auch die wirtschaftlichen Folgen betrachtet werden.

Auch bei Kommunen und Staat werden für die Regelung, Überwachung und Kontrolle der Koexistenz zusätzliche Belastungen entstehen. Das vergrößert die ohnehin prekären Finanzprobleme der öffentlichen Hand.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Kosten der Koexistenz bei den niedersächsischen Landwirten und bei der niedersächsischen Lebensmittelindustrie?
2. Wie lässt sich nach Auffassung der Landesregierung sicherstellen, dass diese Kosten verursachergerecht nur bei den GVO-Nutzern entstehen?
3. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Kosten der Koexistenz für die öffentliche Hand?

Rebecca Harms

Fraktionsvorsitzende